

Monetative: Neue vierte Gewalt

Drei renommierte Professoren präsentierten am letzten Freitagnachmittag in Winterthur die Eckpunkte einer geplanten Volksinitiative zur Geldreform, die nichts weniger als eine vierte Gewalt im Staat etablieren will.

Peter Weishaupt

Der Jurist Werner Kallenberger, früherer Hochschuldozent für Recht und Kommunikation an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW in Winterthur, ist ein umtriebiger Mann und reformökonomischer Vernetzer. Er ist Vorstandsmitglied des linken 'Denknetzes', Mitinitiant einer sich zurzeit in petto befindlichen Erbschaftssteuer-Volksinitiative und Spiritus rector des frisch gegründeten überparteilichen Vereins Monetäre Modernisierung (MoMo), der am vergangenen Freitagnachmittag mit einer Tagung zur sogenannten Vollgeldreform den Anstoss zu einer öffentlichen Debatte über dieses revolutionäre neue Finanzinstrument geben wollte.

Lehren aus der Finanzkrise

Nachdem die Alarmanlage im Hörsaal der ZHAW erst mal eine Viertelstunde an- und abschwelldend geheult hatte, weil eine Türe von der falschen Seite geöffnet worden war und der Hausmeister grad woanders weilte (oder weil die Anlage gleichsam auf den Ernst der Finanzkrise einstimmen wollte...), erinnerte Kallenberger, der durch die Tagung leitete, an Michael Endes Zeitdiebe aus seinem «Momo»-Roman, an die Grauen Männer bzw. heutigen Finanzmanager, die uns nicht nur die Zeit, sondern auch das Geld stehlen. «Wir als kleine Momos möchten die heute noch dominante Finanzwirtschaft in den Dienst der Realwirtschaft und das Geldsystem in den Dienst der Menschen stellen.»

Erwartet zu diesem Symposium hatten die Veranstalter 75 Personen, doppelt so viele, darunter allerdings auffallend wenig Frauen, drängten sich im kleinen Hörsaal, bevor nach dem Auftritt des ersten Professors, dem als Vater der ökologischen Steuerreform und als liberaler Geld- und Wachstumskritiker bekannten Hans Christoph Binswanger, in

einen benachbarten grösseren gewechselt werden konnte. Dort führte dann der eigentliche Theoretiker der «Vollgeldreform», der im bundesdeutschen Halle Wirtschaft und Umweltsoziologie lehrende Joseph Huber, in das Thema ein, zu dem er bereits Etlisches publiziert hat, während zu guter Letzt Rechtsprofessor Philippe Mastronardi, Mitglied der kritischen 'Kontrapunkt'-Gruppe, eine umfangreiche «Plattform für eine neue Geld- und Finanzmarktverfassung» vorstellte, die unter seiner Leitung einen provisorischen Verfassungsentwurf samt detaillierten Erläuterungen für eine Finanzreform erarbeitet hatte.

Geld- und Kreditmonopol

Um die Lehre aus der (anhaltenden) Finanzkrise zu ziehen und «höchst ungerechtfertigte Systemfehler des Kapitalismus» zu korrigieren, will der MoMo-Verein per Volksinitiative die bisherige Gewaltenteilung unseres Staatsgebildes zwischen Legislative, Exekutive und Judikative um eine «Monetative» ergänzen, deren erklärtes Ziel «die Etablierung eines nachhaltigen und sicheren Finanzsystems» ist, bei dem «die Geldproduktion komplett in die Hand der Schweizerischen Nationalbank» gelegt werden soll, «um Spekulationsblasen und Überschuldung einzudämmen und das Geldwesen in den Dienst am Gemeinwohl zu stellen».

Vereinfacht gesagt, geht es bei der Vollgeldreform nach Huber darum, dass das Monopol des Staates nicht nur Bargeld in Form von Münzen und Noten als Zahlungsmittel absichert (früher durch das Horten von Gold), sondern auch das 'unbare' Buch- oder Giralgeld, das von den Banken zwecks Profitmehrung in nahezu beliebiger Höhe ausgegeben wird. So bildet das Bargeld heute nur noch einen marginalen Anteil von 15 Prozent der umlaufenden Geldmenge, der Rest ist Buchgeld. Das Problem der Vollgeld-Ökonomen besteht darin, dass fast alles Geld per Kreditschöpfung in Umlauf gebracht wird, zuerst durch Kredite der Nationalbank an die Banken, dann von den Banken an ihre Kunden. Jedem dieser Guthaben steht darum eine Schuld gegenüber; eine Vermögensbildung ist nur möglich, wenn gleichzeitig die Schulden-

last wächst. Ausserdem werden die Kredite verzinst, so akkumulieren sich auf Seiten der Banken die Guthaben und auf Seiten ihrer Kunden die Schulden, und bald beginnt sich die Schuldenspirale zu drehen.

Banken als Service-Public-Institution

Mit einem staatlichen Kreditmonopol strebt die Reform an, dass das gesamte, also auch das 'unbare' Geld zu einem öffentlichen Gut wird und ausschliesslich die Nationalbank die Kreditvergabe regelt. Sie darf das Geld- und Kreditvolumen nur im Einklang mit der volkswirtschaftlichen Wachstumsrate zunehmen lassen. Die Banken könnten zwar weiterhin Kredite und andere Finanzdienstleistungen anbieten, aber selbst keine Geldschöpfung mehr betreiben. Als Folge davon wäre das Buchgeld der Banken nicht länger mit dem Risiko verbunden, in einer Krise den Bach runter zu gehen, auch müsste der Staat keine besondere Garantie für Bankeinlagen mehr übernehmen, 'too big to fail' würde zu einem Fremdwort, die riskanten Finanzgeschäfte der Banken würden erheblich eingeschränkt. Sie würden künftig eine öffentliche Aufgabe erfüllen und gleichsam zum Service public werden, ohne dabei aber der Verstaatlichung anheimzufallen. Ihr bisheriger Gewinn käme dem Staat, der Gemeinschaft und der Realwirtschaft zu. Die Vollgeldreformer versprechen sich einen sukzessiven Abbau der Staatsschulden, den Wegfall von Zinsen, niedrigere Steuern und eine Entlastung des Sozialstaates, insgesamt also eine viel gerechtere Finanzordnung.

Der MoMo-Verfassungsvorschlag dürfte vor allem wegen der ungeheuren Machtstellung, die der Nationalbank zugewiesen wird, noch einiges zu diskutieren geben und Anregungen dürften noch in den definitiven Text einfließen, bevor die Volksinitiative, über deren Zeitplan und die Trägerschaft noch nichts bekannt ist, nicht nur angekündigt, sondern auch tatsächlich lanciert wird. Die Initianten sind zwar von einer grundsätzlichen Sympathie im Volk für das Anliegen überzeugt, machen sich aber keine Illusionen über die Reaktion der Bankenwelt auf ihre angestrebte Amputation.